

S. Gobron,
Rummen 1

31500

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Organ des Kommunistischen Partei Deutschlands, Section des 3. Internationale

Mit den Organen:

Der Rote Stern, Der Kommunistische Gewerkschaftler, Der Rote Ohr,
Die Kommunistin, Der Genossenschaftler, Freiheit, Der Jungprolet

Begründet von Bernhard Goetzländner (Würz 1920 ermordet)

Eine Neujahrsproklamation des Herrn v. Loebell

Der Reichsbürgerrat für Diktatur — Was tun die freien Gewerkschaften?

(Elg. Dräht.) Berlin 2. Januar 1926.

Nur die Diktaturgäste ist beständig eine Neujahrsproklamation, die der Vorsitzende des Reichsbürgerrates und Reichstags die Wahl Hindenburgs, der bekannte Minister a. D. v. Loebell, erklärt. Es heißt darin: Wenn der Reichstag Anfang Januar wieder zusammentritt, werde der Reichspräsident die Parteiführer wieder von neuem zu sich berufen müssen. Da man aber das Spiel um die Regierungsbildung noch wochenlang fortführen könnte, werde es nötig, Dr. Luther wieder mit der Kabinettbildung zu beauftragen. Wenn Luther mit einem sachlichen Programm vor dem Reichstag erscheinen werde, werde er wahrscheinlich eine Billigkeitsformel erhalten. Sollte aber das parteipolitische Streben der Sozialdemokraten und des Zentrums so weit gehen, daß man Luther auch dann stützt, so sind für den Reichspräsidenten alle Voraussetzungen für neue Wahlen und für die Anwendung aller ihm in der Verfassung zugestandenen Vollmachten während einer nicht alzu knapp bemessenen Zeit des Überganges gegeben. Aber auch wenn Luther im Reichstag mit einer Billigkeitsformel durchgesessen ist, bedarf es dann auch die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung. Die „Vossische Zeitung“, die zu dieser Proklamation Stellung genommen hätten, als man bisher in der Offenheit feststeht, hat sie nicht getan.

Die Rundgebung des einstigen monarchistischen Ministers erhält besondere Bedeutung durch den von uns bereits gemeldeten Besuch der Abordnung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bei Hindenburg.

Während Hindenburg die Industriearme und Inflationären empfängt, um mit ihnen über die Wirtschaftspolitik zu verhandeln, ruft Herr Loebell, der Vertrauensmann und Wahlmacher Hindenburgs, nach der Einwidrigkeit des § 48. Alle Machtmittel des kapitalistischen Staates sollen eingesetzt werden, um das Rationalisierungsprogramm der Unternehmer durchzuführen, das für die Arbeiterschaft Niedrighaltung der Erwerbslosenunterstützung, Verweigerung der Kurzarbeiterunterstützung, Beseitigung aller noch bestehenden sozialpolitischen Leistungen, schrankenlose Stillegungswillkür und hemmungslosen Preiszucker bedeutet. Nicht den Erwerbslosen soll aus Staatsmitteln geholfen, nicht den Arbeitslohen soll Arbeitsmöglichkeit verschafft werden, sondern die kapitalistischen Haftpflichten fordern für sich neue Steuerermäßigungen und Staatskredite.

Millionen und Millionen haben sie durch ihren Inflationsraub und nach der Stabilisierung geschluckt. Die Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahre war die von ihnen vorgeschriebene Politik des Bürgerblods. Die Krise beweist, daß sie lämmisch zusammengebrochen ist.

Die Unternehmer verabreden mit ihrer Regierung die Dif-

taturmaßnahmen, um das Recht der Arbeiterschaft und Streikrecht der Arbeit zu vernichten.

Entgegenwir verharrt die Instanzen der freien Gewerkschaften weiterhin in Passivität. Die Arbeiterschaft verlangt jetzt von den Instanzen der freien Gewerkschaften keinen neuen Beftrag zu Hindenburg. Aber sie verlangt, daß die Macht der freien Gewerkschaften eingefestigt wird gegen den neuen Vorstoß der Unternehmer und der kapitalistischen Regierung. Die Führer der freien Gewerkschaften haben den Unternehmern vorgedroht, daß eine Erhöhung der Löhne in ihrem eigenen Interesse liege. Die Unternehmer antworten damit, daß sie den Belagerungszustand verlängern, um die Löhne noch tiefer zu drücken. Ohne Kampf ist für die Arbeiterschaft nichts zu erreichen. Auch die geringste Forderung kann nur im Kampf durchgesetzt werden.

Die Arbeiterschaft verlangt ausreichende Lohnherhöhung, ausreichende Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung, Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, Eingriffe in die Bankrottirtschaft des Industriekapitals durch Zwangsregelung der Wirtschaft, durch Weiterführung der Betriebe unter Kontrolle der Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften müssen für diese Forderungen mobilisiert werden. Der Unternehmervorstoß muß alle Arbeiter in dem Gedanken einigen, gemeinsam die freier Gewerkschaftliche Aktion gegen die kapitalistische Wirtschaftspolitik und Bankrottirtschaft herbeizuführen.

Das Marthrium Hölsz

Zu unserer Veröffentlichung über die Justizmärsche gegen Max Hölsz schreibt Justizrat Villor Fraenkl folgendes:

1. Am 24. November habe ich den preußischen Justizminister schriftlich gebeten, die Berechtigung der gegen Max Hölsz verhängten Brief-, Besuchs- und Weihnachtspost-Sperre nachzuprüfen. Eine Antwort habe ich nicht bekommen.

2. Seit dem 20. November v. J. habe ich von Hölsz keinen Brief mehr erhalten. Damals hat er mir mitgeteilt, ein von mir am 27. Oktober geschicktes Schreiben sei ihm am 13. November, d. h. nach mehr als drei Wochen, ausgehändiggt worden, da er vier Wochen im Arrest gewesen sei.

3. Der mündliche und schriftliche Verlehr zwischen Max Hölsz und seinen Rechtsberatern wird Einschätzungen unterworfen, durch welche die Arbeiten für eine Wiederaufnahme des Verfahrens hinsichtlich des Falles Hölsz erheblich gehemmt werden.

4. Das Preußische Justizministerium weigert sich schärfer, den beiden Verteidigern auch nur einmal zu gestatten, mit ihrem Klienten ohne Beisein eines Strafbeamten zu reden. Eine solche Belehrung ist aber deshalb von Bedeutung, weil über Verhören festgestellt werden muß, die als Zeugen für die Rückgriff von Hölsz an der Tötung des Hölsz in Frage kommen, und weil unter Mündank eine ihn ehrende Schau hat, durch Namensnennung in Gegenwart von Beamten andere Menschen zu gefährden.

Hier ist noch hervorzuheben, daß mindestens jemand, der im Prinzip gegen Hölsz als Zeuge nicht aufgetreten ist, eine bestimmte Person als denjenigen bezeichnet hat, bei dem Gutsherr Hölsz erlaubt hat, dieser diesen neuen Zeugen und den Wert seiner Wahrnehmungen laut statlich unter der Kontrolle eines Beamten der Strafbeamte Groß-Strelitz mit Max Hölsz kaum so konfrontiert werden, wie es die Bedeutung der Sache fordert.

Zantow vor dem Sturz

Die neuesten Meldungen aus Bulgarien bestätigen die Krise der Regierung Zantow. Der weiße Terror, die Hinrichtung von Tausenden Arbeitern und Bauern hat den Machthabern nichts genützt. Von Monat zu Monat ist ihre Stellung schwächer geworden. Herr Zantow mit seiner berüchtigten „Volksvereinigung“, der Terrororganisation der Faschisten und der Bourgeoisie, ist völlig isoliert. 90 Prozent der Bevölkerung, Bauern, Arbeiter und Mittelschichten, hassen die Regierung und wollen ihren Sturz. Das Blutbad des weißen Terrors hat auch wirtschaftlich Bulgarien zerstört. Zur Erhaltung der wenigen Truppen erfordert Zantow Steuererlassen.

Die Opposition breite sich in den letzten Tagen bis in die Reihen der Regierungsmehrheit Zantows aus. Die mazebonischen Gruppen, die bisher eine Hauptbasis des Terrorsturms gebildet hatten, erklärten sich gegen Zantow. Die Demokratische Partei hielt eine Konferenz unter dem Präsidium des bekannten Hamburger Politikers Walther Rathenau und verlangte den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Sogar die bulgarische Sozialdemokratie, die in den Anfängen des Zantow-Systems den weißen Terror befürwortet hatte, muß unter dem Druck der Massen eine Opposition aufgestellt haben.

Es bleibt abzuhängen, wie sich die Krise weiter entwickelt. Eine friedliche Wölfung der Faschisten durch die Regierung der breiten Volksmassen ist undenkbar. Auch der Rücktritt Zantows würde an dem Regierungssystem nichts ändern, wenn die beiden berüchtigten Faschistengenerale, der Innenminister Russen und der Kriegsminister Wolfson im Amt blieben. Trotzdem wäre der Rücktritt Zantows eine Stütze für die Erhaltung der Terrorregierung und er würde die Kräfte der Opposition neu beleben.



Die Wicht der freien Gewerkschaften

Von allen Seiten wird die gegenwärtig immer noch ansteigende Krise als die schwerste, die je die deutsche Wirtschaft betroffen hat, bezeichnet. Mit unheimlicher Schnelligkeit steigen die Erwerbslosenziffern von Woche zu Woche; immer furchtbarer wird das Massenelend der Arbeitslosen, so daß es selbst den Herrschenden angst und bange vor den kommenden Wochen und Monaten wird und sie zur Abwehr der drohenden Gefahr schon ganz offen den Ausnahmestand, die Militärdiktatur und das Maschinengewehr als einziges und letztes Abwehrmittel in Erwägung ziehen. Neben diesen in Aussicht genommenen rein politischen Maßnahmen ist das Unternehmertum längst zur „praktischen Arbeit“ bei der Durchführung seines Planes, den denkbaren größten Nutzen aus der Krise zu ziehen, übergegangen. Mit einer Brutalität ohnegleichen werden nicht nur zahlose Betriebe stillgelegt, sondern auch systematisch die Löhne abgebaut. Besonders zu beachten ist, daß der Lohnabbau weniger durch Aufzehrung der Tarife und breite Bewegungen als durch möglichst geräuschlose Abbau der Arbeitszeiten und Löhne in den einzelnen Betrieben und Betriebsabteilungen durchgeführt wird. Die Arbeiter und Angestellten werden einfach vor die Alternative gestellt, entweder Entlassung oder Einwilligung in den Lohnabbau. In der Furcht vor dem noch größeren Elend der Erwerbslosigkeit führen sich die Arbeiter und Angestellten, meist ohne viel Aufhebens zu machen, dieser Unternehmertum.

Ausnahmestand, Millionen von Arbeitern als einzige Dauerbeschäftigung, Lohnabbau und Verkürzung des Arbeitstages! Man sollte meinen, daß angesichts dieser ungähnlichen akuten Gefahr die gesamte Gewerkschaftsbewegung in erhöhter Kriegsbereitschaft in offenem Kampf stehen sollte. Doch nichts derartiges ist zu bemerken. Unter einem Aufruf des ADGB, der sich im wesentlichen auf allerlei Forderungen an das Parlament beschränkt, und einer Reihe von Artikeln in der Gewerkschaftspresse ist bis jetzt von den Gewerkschaften noch nichts unternommen worden, um auch wir die Massen zu mobilisieren, gewisse denn den Kampf gegen die Versklavung der Arbeiterschaft aufzunehmen. Der ADGB-Aufruf und die Artikel in den Gewerkschaftszeitchriften und Zeitungen beschäftigen sich überhaupt nicht mit der Frage der gewerkschaftlichen Kampfmachtmöglichkeiten, sondern erheben sich in theoretischen Betrachtungen über die deutsche Wirtschaft und wie ihre Krise überwunden werden könnte. Die Linie, die in all diesen Artikeln zum Ausdruck kommt, zeigt jedoch klar, daß die Gewerkschaftsleistungen gar nicht kämpfen wollen, sondern bereit sind, zusammen mit den Unternehmen das kapitalistische Rationalisierungsprogramm durchzuführen. Der einzige Unterschied zwischen ihnen und den Unternehmen besteht darin, daß sie für die Erwerbslosen ausreichende Unterstützung von der Regierung und dem Parlament fordern. Wie sehr sich die ADGB-Führerchaft mit dem Unternehmerprogramm abfinden hat, das geht am klarsten aus der neuesten Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ vom 19. Dezember 1925 hervor. Dort wird in einem „Der Kampf um eine gerechte Unterstützung der Arbeitslosen“ überschrieben Artikel ausgeführt:

„Gerade das furchtbare Anwachsen der Erwerbslosigkeit, ihre Krisenhäufigkeit ruft dem Erwerbslosen die Hoffnung, bald wieder in Arbeit zu kommen; seine Erwerbslosigkeit wird Dauerzustand...“

Die wirtschaftliche Krise drängt zu einer Intensivierung der Produktion, zu einer stärkeren Ausscheidung von Arbeitskräften, zu einer Nationalisierung. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn man erkennt, daß für die Opfer durchgreifend gesorgt wird.

Das bedeutet praktisch: Trotzdem... ADGB... will die Erwerbslosigkeit als einen Dauerzustand bestreben, beteuert er, an dem Massenabbau und führt einen Kampf gegen das Unternehmertum aus. Die Arbeiterschaft erzwingt, sondern die ganze Angelegenheit im Parlament überlassen will, im Parlament aber eine demokratische Mehrheit vorhanden ist, so bedeutet dies, daß auch einzige übrigbleibende befriedende Forderung der Gewerkschaftsleistungen nicht durchgeführt, sondern das Unternehmerprogramm mit Hilfe des ADGB restlos verwirkt wird.

Zu dem angekündigten Ausnahmestand haben die Gewerkschaften bis jetzt überhaupt nicht Stellung genommen, auch auch nicht die Absicht dazu zu haben, obwohl aus ihnen nicht leidet, daß durch den Ausnahmestand nicht nur zwei idiotische Arbeiter oder vom Hunger zur Rebellion getriebene Arbeitslose niedergeschlagen, sondern auch die gesamte Gewerkschaftsbewegung niedergeschlagen.

... und der Sohn seines Mutter... in seiner Welt, sondern jetzt ein neuer Schicksal. Die Gewerkschaftsbewegung ist diese unglückliche Tochter der Revolution, deren Tod in den Gewerkschaften genau so wie das allgemeine Ziel aller der unterdrückten Wollen. Aber im Endkampf mit dieser beständigen Auseinandersetzung kann die Gewerkschaftsbewegung nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Industrie und die gesamte Gesellschaft bewegen. Mit Ausnahme weniger Fällen sind Industriekräfte immer die Gewerkschaftsbewegung überzeugt, dass sie zusammen mit den Gewerkschaften gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften kämpfen. Und dann ist es auch durchaus möglich, dass die Gewerkschaften zusammen mit anderen Arbeitern zusammenfinden.

Die gewerkschaftlichen Mittel müssen aber nun zur vollen Wirkung kommen in einer gefüllten, am funktionierenden Wirtschaftsleben aus einem Artikel des "Grundstein" vom 12. Dezember d. J. entnommene Sack ist das Programm des unannten ADGB, in der Schlüssel für das gegenwärtige Werk befindet der Gewerkschaften. Die reformistischen Gewerkschaften wollen sich der sozialistischen Gesellschaft wiederauf die Beine helfen, sie wollen mitmachen, eine gut funktionierende kapitalistische Wirtschaft aufzubauen, statt sie die sozialistische Wirtschaft zu kritisieren. Dies ist auch der entscheidende Punkt, wo der Gegensatz zwischen reformistisch-kapitalistischer und revolutionärer, auf dem Boden des Klassenkampfes sich bewegender Tatsche am schärfsten zum Ausdruck kommt. In der reformistischen Standpunkt schon in einer offensichtlich vorhergesehenden Krise fallen so ist er in der gegenwärtigen Situation geradezu verbrecherisch. Denn die Krise ist keine vorübergehende, sie ist eine dauernde. Das sprechen selbst die Unternehmer aus, indem sie mit der Dauererzielung eines Erwerbsheeres von Millionen rechnen. Bei einer nicht gelungen Wirtschaft nicht kämpfen zu wollen bedeutet daher die freiwillige Abfindung mit den endosstigen Verelendung des Proletariats, bedeutet die Verewigung der kapitalistischen Unterdrückung, den Tod von Millionen von Proletariern. So wird nicht anders sieht die Frage.

Was ist demgegenüber zu tun?

Das Proletariat kann bei Strafe seines Unterganges nicht auf den Kampf verzichten. Und der Kampf muss nicht nur auch sondern gerade erst während der Krise geführt werden.

Alle Proletarierfraktionen, ohne Ausnahme, werden von der Krise und den kapitalistischen Maßnahmen betroffen und in ihrer Existenz bedroht. Die Millionen von Erwerbslosen sind eben blanke Hunger ausgezehrt, den Beamten und Angestellten bei der Eisenbahn, im Staatsdienst, in den Kommunen usw. wird jede Lohn- und Gehaltsverhöhung verweigert, sie werden massenhaft abgebaut und in niedrigere Lohnraten versetzt. Den Industriearbeitern wird ihr ohnedies allzu färgliches Lohn noch um ein weiteres herabgesetzt. Was liegt also näher, als das Beamte, Angestellte, Erwerbslose und die noch im Betrieb stehenden Arbeiter zu einer geschlossenen Front zusammengefäßt und unter Führung der Gewerkschaften der Kampf aufgenommen wird. Die kapitalistische Gesellschaft, die nicht instande ist, ihre Lohnraten zu ernähren, hat ihre Existenzberechtigung verwirkt, gegen sie muss der unerbittliche, konsequente Kampf auf allen Gebieten aufgenommen werden. Wenn schon Rationalisierung der Betriebe und Produktion, dann Rationalisierung nicht im kapitalistischen, sondern in sozialistischem Sinn. Die Bildung der Wirtschaft kann nur auf Kosten der kapitalistischen Gesellschaft durch Kampf in der Richtung der sozialistischen Gesellschaft erfolgen. Notwendig wäre ein außerordentlicher Gewerkschaftskampf, der sich ausschließlich auf die Krise und den zu ergründenden Maßnahmen konzentriert. Massendemonstrationen der Erwerbslosen zusammen mit den Arbeitern, Beamten und Angestellten in ganz Deutschland und an einem und demselben Tage müssten der Auftakt zum breiten Kampf auf der ganzen Linie werden.

Die geplanten oder sich schon in Durchführung befindlichen Maßnahmen des Unternehmensmums müssen jedem Proletarier, jedem Gewerkschaftler, den furchtbaren Ernst der Situation vor Augen führen, müssen ihn veranlassen, auf den Plan zu treten, mitzuhelfen, die Männer zu mobilisieren und die Gewerkschaften

zu leisten, um Aufgabe ihres

zu klären, was sie bringen, wo man sie einsetzen kann. Die Gewerkschaftsbewegung ist diese unglückliche Tochter der Revolution, deren Tod in den Gewerkschaften genau so wie das allgemeine Ziel aller der unterdrückten Wollen.

Aber im Endkampf mit dieser beständigen Auseinandersetzung kann die Gewerkschaftsbewegung nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Industrie und die gesamte Gesellschaft bewegen. Mit Ausnahme weniger Fällen sind Industriekräfte immer die Gewerkschaftsbewegung überzeugt, dass sie zusammen mit den Gewerkschaften gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften kämpfen. Und dann ist es auch durchaus möglich, dass die Gewerkschaften zusammen mit anderen Arbeitern zusammenfinden.

Ein neues Mittel gegen Schuhabbau und Arbeitslosigkeit

Der Wirtschaftsberater der Berliner "Welt am Sonntag" beschäftigt sich mit der Arbeitslosigkeit und benutzt einen Artikel eines Regierungsrates aus dem Reichsarbeitsblatt, um neue Mittel und Wege zu zeigen, wie dem Schuhabbau und der Arbeitslosigkeit begegnet werden kann. Der alte Regierungsrat aus dem Reichsarbeitsministerium berechnet, nämlich die Ausfallstypen aus dem Geburtenverlust während des Krieges und stellt daran fest, dass in den Jahren 1932 bis 1937 der Anstieg an Arbeitslosen sehr groß sein wird, es werden etwa 2 Millionen Vollarbeiter fehlen. Die "Vollwachstumsschule" darf

"Wenn Abfahrten die Wirkungen des Arbeitsmarktes nicht zum Teil ausgleichen, so kann die Lohnbildung und die politische Kräftebildung der Arbeitslosigkeit durch den Einfluss des Arbeitsmangels eine günstige Wendung nehmen."

Wirklich! Well die Männer während des Krieges nicht bei ihren regulären Ehefrauen sein konnten und deshalb ihre ehemaligen Mütter nicht erfüllen konnten, wird — 1937 der Lohn steigen. Sollte nicht weiterhin zu empfehlen sein, dass die Arbeiterklasse geschlechtlich entstehen lässt, weniger Kinder macht und damit ihren Lohn steigert?

Polens Krise

Warschau, 2. Januar

Die polnische Regierung der Großen Koalition, die mit soviel Hoffnungen erwartet wurde, hat bisher nichts Erfolgsleistung leisten können. Ministerpräsident Graf Szczepanski sieht der Wirtschaftsliste genau so hilflos gegenüber wie sein Vorgänger Grabowski. Der Sohn, das sogenannte stabile Geld Polens, ist auf die Hölle seines Werkes herabgekommen. Die neuzeitliche Bilanz der polnischen Staatsbank zeigt eine weitere Vernehrung des Banknotenhaushalts um 6,5 Milliarden.

Zum Tage

Der Berliner Berichterstatter des "Journal" verbreitet die aufsehen erregende Heiß- und Schwindsmeidung, daß Tschauderin während seines Berliner Aufenthaltes dem General Seeadt ein Militärkommando gegen die Wehrmacht vorgezeichnet habe.

Die französische Rammigie die Finanzvorlage.

Hindenburg hat eine telegraphische Neujahrsbotschaft an die Reichswehr gerichtet.

Das Schwarze am Rhein ist zum Stillstand gekommen, doch werden große Sturmshäden gemeldet.

Trotz des proklamierten Waffenstillstandes haben die Feindesliegten in Syrien nicht aufgehört.

Der amerikanische Finanzvorstand Professor Remond ist in Warschau eingetroffen, um mit dem Finanzminister über die Dawrowska-Polenz zu verhandeln.

In Lodz kam es zu neuen Arbeitslosendemonstrationen.

... und auf dem Balkan, wo die Balkan-Koalition die sozialistischen Parteien und die kommunistischen Parteien in der Regierung im Balkan und im Jugoslawien eingeschlossen sind, auf dem Balkan und im Jugoslawien eine soziale Entwicklung und eine soziale Verbesserung der Bevölkerung auf dem Balkan und im Jugoslawien. Das Judentum und das Kapitalismus haben es nicht vermocht, die Arbeiterklasse des Balkans zu kontrollieren. Und jetzt will der Großteil der Bevölkerung des Balkans Kapitalismus aus.

Auch dem Balkan und der Balkan-Koalition soll eine Zukunft lang andauernden Gewinn im Umfang von 200 000 Betteln und einem und entsprechend werden. Judentum soll die Gewinnabilität für das zukünftige Jahr soll entschieden werden. Die Entwicklung des Balkans soll möglich sein für den kleinen Volkserfolg. Der Preis der zukünftigen Balkan soll etwa 100 Millionen Goldmark in der und des Balkans in Wertsteigerung erholt werden. Über die ganze Balkanregion ist ein starker Gewinn, weil der politische Einfluss bei den sozialen Gewinnern ist.

Die Annahme des Panzerkorps im polnischen Parlament erfolgte unter Konsens im Proletar bei dem in manchen, Ultraleinen und radikalen Bauteilen. Diese Panzerform wird die Bauernschaft nicht zu erlauben wollen, sondern nur immer mehr an die Seite der sozialen Gewinnern bringen.

Anti-Colonialkongress in Brüssel

Brüssel, 31. Dezember

Auf die Einladung des Zentralkomitees der Internationalen Arbeiterhilfe nach Europa zu senden und der Einladung der I.A.S. folgt zu lassen. Die Delegation wird ihre Reise unverzüglich antreten. Die Führung hat der Vorsitzende des Schengauer Gewerkschaftsbundes G. Pfann übernommen.

Wie wir dazu erfahren, plant die Internationale Arbeiterhilfe im Zusammenhang der Reise der österreichischen Arbeiterdelegation die Einberufung eines großen Kongresses gegen die kapitalistische Kolonialpolitik. Dieser Kongress, auf dem Delegationen der Arbeiterchaft aller Kolonialländer vertreten sein werden, wird Ende Februar in Brüssel stattfinden.

Englisch-italienischer Mittelmeerbund gegen Rußland und Frankreich?

(Eig. Druck) Berlin, 2. Januar

Nach einer Meldung der "Vossischen Zeitung" aus Rom ist bei dem Zusammentreffen Chamberlains mit Mussolini in Rapallo eine Art Mittelmeerbündnis zwischen England und Italien zusammengeschlossen. Unter dem Vorwand, im Namen des Friedens die entgegengesetzten Interessen Italiens und Englands auszugleichen, werde ein Blod England-Italien-Griechenland angestrebt, der sich gegen Jugoslawien und die Türkei richtet und

der Einziehung Sowjetrusslands vom Südosten und Süden her dienen soll. Der Frieden, dem russisch-türkischen Vertrag ein Gegen gewicht zu geben, wird offen hervorgehoben. Gleichzeitig aber würde eine solche Allianz sich auch mit großer Schärfe gegen Frankreich richten, dessen imperialistische Mittelmeerkreuzer durch die von dem Bündnis verursachte Starlung des italienischen Gegenpielers sehr stark beeinträchtigt werden. Der Geist von Locarno spult fortgelegt weiter, rings um Somaliland herum und bringt auch die friesischen Hintergedanken der imperialistischen Groß- und Mittelmächte immer deutlicher zum Ausdruck. Wenn England die Schwächung des mit ihm verbündeten Frankreichs durch die Invasion benötigt, um den Gegner Frankreichs im Mittelmeer zu stärken, so ist das ebenfalls eine deutliche Kennzeichnung dessen, was man den Geist von Locarno nennt. Die Meldung der "Vossischen Zeitung" ist bisher noch nicht bestätigt. Man muss abwarten, ob sich Italien außenpolitisch in das englische Schlepptau nehmen lassen wird.

Die republikanische Reichswehr

Das Gericht in Schneidemühl verurteilte einen Soldaten wegen Schoriansvermeidung zu 14 Tagen Mittelarrest, weil er sich geweigert hatte, ins Wasser zu springen, mit der Berufung darauf, er sei bereits zweimal vom Tode des Ertrinkens gerettet worden, sei zum Schwimmen unfähig und leide an Krampfen.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Sozialdemokraten Künster über den Soldatenkindern Rüttelmeier Scholl verbat sich Gehör „die Beurteilung der Geeignetheit eines Offiziers“. Künster möge das dellen Vorgehen und ihm selber überlassen.

„Das ist ein ganz ausgespielter Trick und ein Pragmatiker, wie man es nennen möchte, nicht wieder findet. Wenn der mit seiner niedrigen Erziehung nur durchschaut, da gibt es nichts im Gefängnisstrafe, noch an einen Menschen. Der kostet einen Menschen für ein Butterbrot. Und die Scheiterungen, die der zu machen versteht, kann mancher Nichts nicht ausstiegeln.“
„Aber wie kommt denn diese Mama zu den Schulden?“
„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Aber wie kommt denn diese Mama zu den Schulden?“
„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von dem Alten. Wie er in dem Gedächtnis mit diesem Namen ausgespielt hatte, überdrückt er es der Frau, und wie die Barb. machte der Sohn seinen Namen hergeben und damit hat er natürlich auch die Söhnen übernommen. Die Mutter die arme Frau, hat der Alte doch auch vor der Zeit ins Grab gebracht. Das war eine gute, liebenswerte Frau, aber der viele Rummel und dabei so viel Kinder — die haben ja wohl mehr als ein Dutzend gebracht. Ich will Ihnen nur einen guten Rat geben, jungen Frauen geben Sie unbedingt zum Geschäft und beratend. Sie Gutererinnerung von Ihrem Mann. Er hat z. B. in diesem Prozess schon die Gutererinnerung gekostet und wird kostet, wenn Sie keine Verhältnisse besser, sonst einen Ringen verhindern, bis er besiegt — oder er kann hier in Sachenfeld nur sein eigenes Geschäft haben, überhaupt kein persönliches Geschäft, das über seine notwendigen Bedürfnisse geht. Wenn Sie aber mit ihm in Gutererinnerung leben, erwidern Sie nie viel Kleider.“

„Das war es mir von

Der Parteitag des SSKR.

Korrefterat des Genossen Sinowjew

Genoss Sinowjew hält in seinem Bericht am 20. u. 21. aus.

Die Behandlung der beherrschenden Meinungsverschiedenheiten vor der gesamten Parteikonferenz ist durchaus sehr ernst. Es wird zweifellos eine Abstimmung gefunden werden auf Grund davor die Partei ihr großes Werk ungestört fortführen wird.

Sinowjew resumiert die Lage im Zeit des Parteitags folgendermaßen: 1. Nach beinahe fünf Jahren der neuen Wirtschaftspolitik beginnt in Sowjetrussland eine prokommunistische und sozialistische Kulturschaffung; 2. diese fünf Jahre bewiesen die Richtigkeit des Weges zum Sozialismus mittels der neuen Wirtschaftspolitik; 3. es steht zweifellos fest, daß im Sowjetstaat am Sozialismus gebaut wird. Es wird nur darüber gestritten, ob in einem Bauernland wie die Sowjet-Union die sozialistische Ordnung endgültig aufgebaut und behauptet werden kann. Wir beweisen nicht die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in der Sowjet-Union, da die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen vorhanden sind, aber der endgültige Aufbau des Sozialismus ist nur im internationalen Maßstab möglich; 4. es steht fest, daß der Sozialismus in engem Bündnis mit der Mittel- und Kleinbauernschaft aufgebaut wird und aufgebaut werden muss; 5. kennzeichnend ist die außerordentliche Stellung der politischen Aktivität der gefannten, vor allem der werktätigen Bevölkerung der Sowjet-Union.

Es bestehen folgende Schwierigkeiten: 1. Die Verzögerung der Weltrevolution und die Zentralisierung des Kapitalismus, die eine ganze Periode ausmacht; 2. der Aufbau des Sozialismus in einem zuviel gesetzten Lande, bei vorherrschender Bauernbevölkerung; 3. die Schaffung einer kollektiven Parteführung nach Lenins Tode.

In dieser Situation sind Schwankungen und Fehler einzelner Personen unter uns natürlich, und der Parteitag soll nicht darin einzuwirken. Die gegenwärtige friedliche Periode liegt in sich die Gefahren von Stabilisierungsbestimmungen und des Plausibilismus.

Sinowjew behandelt das Meiste der Meinungsverschiedenheiten und erklärt, daß im Streit über den Staatskapitalismus die Tendenz auftrate, das Vorhandensein eines jeden Kapitalismus in der Sowjetunion zu leugnen, die neue Wirtschaftspolitik zu idealisieren, die NEP als Sozialismus zu verklären. (Heiterkeit. Zwischenrufe: „Nennen Sie doch jemanden, der so denkt!“)

Der Streit geht nicht um die Formulierung, sondern über ein System, über eine Politik, über eine Einschätzung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes. Es ist zweifellos, daß unsere Staatsindustrie, wie Lenin sagte, eine Industrie konsequent sozialistischer Art darstellt. Daraus geht nicht hervor, als ob in unseren Staatsbetrieben der vollkommenen Sozialismus herrsche. Der Staatskapitalismus beschränkt sich nicht auf die verpachteten und Konzessionierten Betriebe, wie man dies jetzt erklärt, sondern erstreckt sich jetzt auch auf den Freihandel auf das Wachstum des Kapitalismus in der individuellen Bauernwirtschaft. Es ist selbstverständlich, daß der Staatskapitalismus hineinwächst und daß er, wie Lenin erklärte, drei Viertel des Sozialismus darstellt.

Sinowjew erinnert daran, wie Bucharin im Februar 1922 in einem Artikel sich weigerte, die Staatsbetriebe als sozialistische Betriebe im genauen Sinne des Wortes anzusprechen, und fragt, warum jetzt ein solcher Vorbehalt als Rechrei und Plausibilismus angegriffen wird. Die Frage des Staatskapitalismus ist kein terminologischer Streit, sondern eine ernste politische Frage, über die man nicht hinweggehen kann.

Zur Bauernfrage übergehend, erklärte Sinowjew:

„Nur diejenigen, die nicht die volle Wahrheit über das Wachstum der Kulak-Bauernschaft einsehen wollen, beschuldigen die übrigen Parteigegner einer Unterdrückung der Mittelbauernschaft.“ Sinowjew zitiert aus dem von ihm über die Bauernfrage im November 1918 verfaßten Bericht, wonit er gerade gegen die Unterdrückung der Mittelbauernschaft auftrat. Auch in der laufenden Jahr erklärte er in seiner Rede auf der Leningrader Parteikonferenz im Januar, man müsse die wirtschaftlichen Interessen der Mittelbauernschaft respektieren. Deshalb weist er den Vorwurf einer Unterdrückung des Mittelbauerns der Zentralfigur des russischen Dorfes zurück.

Sinowjew weist die Behauptung zurück, daß er mit den Beschlüssen der 14. Parteikonferenz nicht einverstanden wäre und diese Beschlüsse sprengen wollte. Wir sind und bleiben mit den Beschlüssen der 14. Parteikonferenz, die vollkommen richtig sind, solidarisch. Die Lösung der Entfaltung der Produktivkräfte der Landwirtschaft ist richtig, ebenso wie die Barteibeschlüsse hinsichtlich gewisser Zugeständnisse an die reichere Bauernschaft, namentlich in den Fragen der Länderdurchfütterung und der landwirtschaftlichen Lohnarbeit richtig sind.

Sinowjew erklärt, daß, als er in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des Sowjetongresses diese Maßnahmen der Bauernpolitik einen Rückzug nannte, die Mehrheit des Politbüros nichts dagegen einwendete. In der gleichen Rede erklärte er, dieser Teilrückzug gehe aus dem Hauptzweck im Jahre 1921, nämlich die NEP, der sich als notwendig und nützlich erwies, hervor.

Die wirklichen Meinungsverschiedenheiten begannen bereits zur Zeit der 14. Parteikonferenz, als von Bulgarin das der Bauernschaft geltende geflügelte Wort: „Bereichert Euch!“ losgelassen wurde. Eine solche Auslegung der Beschlüsse der 14. Parteikonferenz werden wir konsequent befürworten. Zwar macht Bulgarin diese Worte jetzt rückgängig, aber sie wurden von anderen aufgegriffen und einige Genossen gingen so weit, die Lösung einer Erweiterung der NEP im Dorfe vorzuschlagen, was einer Neo-NEP, wie sie ihre Gegner herbeiwünschten, nahezu gleichkam. Wenn der Parteitag auf diese Leute, nicht aber gegen die Leningrader konzentriert worden wäre, hätte man viele Meinungsverschiedenheiten erspart.

Wenn Ihr überzeugt seid, daß die Abwehrung der Überbehauptung der Kulak-Gefahr für die Partei gefährlicher ist, als die Abwehrung der Überbehauptung dieser Gefahr, sagt es offen heraus! Und sagt es offen heraus, daß die diesbezüglichen Beschlüsse der 14. Parteikonferenz revidiert werden müssen. Ist es nicht symptomatisch genug, daß in Georgien

die Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß bedenken, daß bei der gegenwärtigen sozialen Entwicklung der sozialistischen Organisationen der Sowjetstaat eine Revolution der verbreiteten sozialistischen Parteikomitees ist. Dies ist eine Katastrophe für die Sowjetunion. Diese Russen laufen. Sie in der Parteitags von einer teilweisen Demokratisierung des Bodens zu reden beginnen und von dem sozialistischen Parteikomitee zurückgeworfen werden? Man muß beden

Ein Jahr neudeutsche Handelspolitik

Am 10. Januar ist ein Jahr verflossen, daß die deutsche Regierung ihre handelspolitische Freiheit wiedererlangt hat, daß die Beendigung des Vorsätzlichen Vertrags, den für die Regierung eine einzige Meistbegünstigungsvereinbarung, Deutschland nicht mehr jeden Vertragabschluß ausschließen möchte. Es hat in dem im Juli verabschiedeten kleinen Zolltarif, der autonome und Verhandlungszone unter starker Zollerhöhung für Industrie- und Agrarprodukte spricht sich die handelspolitische Grundlage für die Verhandlungen geschaffen. Der Erfolg freilich steht mit der aufgewandten Mühe und Vielegeschäftigkeit der deutschen Unterhändler in aller Weise in einem ebläbaren Abverhältnis.

Es genügt eben nicht Schutzzölle zu haben, Verhandlungsdelegationen in alle Haupthäfen der Erde zu senden. Ein anderes muß hinzukommen, sollen Handelsvertreter kapitalistisch erfolgreich abgeschlossen werden: Politische Macht und kapitalistische Überlegenheit. Beides steht heute Deutschland den großen kapitalistischen Mächten gegenüber, mit denen es vor dem Kriege in einer Reihe als Konkurrent um den Weltmarkt stritt. Politische und ökonomische Überlegenheit kann Deutschland nur den Staaten gegenüber aufbringen, die der Krieg und seine Folgen ähnlich stark oder noch stärker zerstört hat. Während gegenüber den herrschenden imperialistischen Mächten Deutschland auch als Vertragsgegner an zweiter Stelle gerückt ist, versucht es seine Überlegenheit der zweiten Gruppe von Staaten gegenüber geltend zu machen. Schließlich kommt hinzu, daß die Handelspolitik der maßgebenden kapitalistischen Schichten in Deutschland weitestgehend einheitlich ist; die Interessen des Großkapitals stehen denen der Fertigindustrie, die Interessen des Industriekapitals stehen denen des Agrarkapitals auch bei den Handelsvertragsverhandlungen so scharf gegenüber, daß dies auf den Abschluß und die Durchführung der Verträge im letzten Jahr oft genug zum Ausdruck gekommen ist.

Polen

In Offensive steht die deutsche Bourgeoisie gegen Polen. Mit Polen hat Deutschland seit Juli einen Zollkrieg geführt, der bis zur gegenwärtigen Ausweitung der Opanien sich zugespielt hat, und der im Augenblick nach Locarno, durch eine Art stillschweigende Waffenstillstandes beilegt ist.

Polen erscheint der deutschen Bourgeoisie, der es einen Teil des Gebietes abgeronnen hat, als ein Raubstaat. Es erscheint mit seiner oberschlesischen und Lodzer Industrie dem deutschen Industriekapital, es erscheint mit seinem Großgrundbesitz, namentlich in den früheren deutschen Gebieten, dem deutschen Agrarkapital als Konkurrent. Politisch und ökonomisch versucht Deutschland durch Offensive gegen Polen die Konzessionen und Demütigungen wieder einzuholen, die es im Westen dem englischen und französischen Imperialismus ökonomisch und politisch machen muß. Polen umgekehrt, gebunden an Frankreich, will die deutsche Konkurrenz abwehren. Zugleich sind beide Staaten, schon deshalb, weil ein Teil Polens früher deutsch gewesen ist, handelspolitisch stark aufeinander angewiesen. Der Anteil Deutschlands an der Gesamtausfuhr Polens belief sich 1922 auf 36,9, 1923 auf 43,6, 1924 auf 34,3 vom Hundert. Von der polnischen Gesamtausfuhr gingen nach Deutschland 1922 49,6, 1923 50,6, 1924 42,4 Prozent. Also eine enge handelspolitische Beziehung für Polen jedoch wichtiger als für Deutschland. Denn während 1922 die polnische Ausfuhr nach Deutschland 42,4 Prozent, also über zwei Fünftel der polnischen Gesamtausfuhr, betragen hat, befuhr der Handel Deutschlands mit Polen in diesem Jahr nur 3,6 Prozent, also etwas mehr als ein Fünfundzwanzigstel der deutschen Gesamtausfuhr.

Diese handelspolitische Überlegenheit hat Deutschland Polen gegenüber trotz der englischen Hochschutzzollpolitik nicht wagt. Nach dem 10. Januar 1925 begannen Handelsvertragsverhandlungen, die jedoch bald scheiterten. Deutschland forderte das Recht der Niederlassung für deutsche Staatsangehörige in Polen, was Polen ablehnte. Deutschland forderte die Bindung der polnischen Zollsätze auf bestimmte Höhe, während Polen nur prozentuale Zollerhöhung von den Zollsätzen zugestehen wollte, die es jederzeit durch Gesetz erhöhen könnte. Dazu kam die Hauptstreitfrage wegen der Kohleneinfuhr aus Ostsachsen. Polen durfte nach dem Genfer Abkommen bis zum 15. Juni 1925 monatlich 500 000 t oberschlesische Kohle nach Deutschland einführen. Deutschland wollte nach dem 15. Juni höchstens noch 10 Prozent dieses Kontingents Polen zugestehen und erhöhte in späteren Verhandlungen dieses Angebot bis auf 100 000 t Kohlen monatlich. Weiter lehnte es Deutschland ab, irgendwelche Konzessionen in der Frage der Viehmarktkontrolle bei der Viehinfuhr zu machen. Die Viehmarktkontrolle ist für die deutschen Junker, wie auch der Handelsvertrag mit Rußland beweist, ein gelungener Vorwand, füde Viehinfuhr, die vielleicht die hohen Zollmauern überwinden könnte, zu verhindern.

Ein Provisorium, das gegenseitige Meistbegünstigung und ein Kohlenkontingent von 100 000 t für Polen vorsah, scheiterte.

Der Zollkrieg führte zu Einfuhrverboten in Polen gegen Deutschland und umgekehrt zu Einfuhrverboten und einzelfeinen Zollerhöhungen Deutschlands gegenüber Polen. Inzwischen hat zur Rüstung auf kommende Verhandlungen Polen seinen Zolltarif stark erhöht.

Es ist kein Zweifel, daß der Zollkrieg sich zu ungünstigen Polens ausgewirkt hat. Er hat die Krise der polnischen Industrie wegen des Abschlusses des deutschen Marktes verschärft. Er hat sicherlich nicht unwe sentlich zum Sturz der polnischen Währung, dem ersten Zusammenbruch eines bereits stabilisierten Geldes, beigetragen.

Spanien, Italien

Die Verbindung zwischen der Herbeiführung von Handelsverträgen durch einen Zollkrieg zu der Gruppe von Handelsverträgen, bei denen die Gegensätze der deutschen Wirtschaftspolitik sichtbar werden, ist der deutsch-spanische Handelsvertrag.

Dieser Handelsvertrag, der bereits Mitte 1925 abgeschlossen war, wurde aber am 10. Juli 1925, vier Wochen nach seiner Ratifizierung durch den Reichstag, zum 10. Oktober gekündigt. Worauf ein Zollkrieg eingesetzt, der am 18. November durch ein in Madrid abgeschlossenes Handelsprovisorium von sechs Monaten beilegt worden ist.

Dieser bunte Wechsel in den Handelsbeziehungen mit Spanien spiegelt den wechselnden Druck der wechselnden kapitalistischen Interessen auf die deutsche Regierung wieder.

Es handelt sich bei den deutsch-spanischen Handelsbeziehungen um die Eröffnung des spanischen Marktes für deutsche Industrie-Fertigwaren. Als Entgegengesetztes hat Spanien Zollvergünstigungen für Früchte und Wein in dem gekündigten Handelsvertrag zugesagt erhalten. Gegen diese Zollvergünstigungen hat der von den Junkern geführte Landbund Sturm gelautet, während umgekehrt das Industriekapital mit dem Handelsvertrag einverstanden war. Die Ratifizierung durch den Reichstag war nur möglich, weil das Luther-Kabinett seiner Hauptrichtungspartei,

den Deutschen, die Kündigung und lieber auch der Kaufklausur versprochen hatte.

1924 betrug der Wert der deutschen Einfuhr aus Spanien 100,3 Millionen Mark, der der deutschen Ausfuhr nach Spanien 80,4 Millionen Mark. Im ersten Halbjahr 1925 ergaben die entsprechenden Zahlen 111,6 Millionen Mark und 77 Millionen Mark. Die deutsche Ausfuhr an Fertigwaren nach Spanien 1924 belief sich auf 78,9 Millionen Mark, im ersten Halbjahr 1925 auf 69,3 Millionen Mark. Die Einfuhr spanischen Weines nach Deutschland betrug 1924 10,6 Millionen Mark und die Einfuhr spanischer Früchte 38,8 Millionen Mark; im ersten Halbjahr 1925 11,3 Millionen und 41,1 Millionen Mark. Daneben hat Deutschland aus Spanien noch industrielle Rohstoffe vor allem Eisen erzeugt eingeführt für 6,5 Millionen Mark. Ebenso 1924 und für 17 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1925.

Im Handelsvertrag nun hat Deutschland Spanien gegenüber für dessen hauptsächlich nach Deutschland ausgetführten Wein den Zoll auf die Vorkriegssätze im Durchschnitt ermäßigt und Spanien die Meistbegünstigungsklausel eingeräumt. Spanien dagegen hat Deutschland die Meistbegünstigung nicht zugestanden, sondern nur die Sätze des spanischen Minimalzolltarifs für die im Vertrag aufgeführten Waren: Säze, die die Vorkriegszölle wesentlich überschreiten. Diese verschärfende Behandlung Deutschlands durch Spanien zeigt, wie sehr Deutschland selbst Spanien gegenüber handelspolitisch hat zurückweichen müssen. Der Hauptvorteil, den Deutschland im Vertrag erreicht hat, war, daß Spanien auf die Valuta-Zuschläge zu seinen Zöllen, die nach der deutschen Stabilisierung so wie so ihren Sinn verloren hatten, verzichtete.

Durch das Handelsprovisorium vom 18. November, das nach dem mit Einfuhrverboten und Zollzuschlägen geführten Zollkrieg einen Wallensteinstand herstellte, ist der Handelsvertrag in einigen Punkten abgeändert worden. Es besteht kein Meistbegünstigungsverhältnis mehr zwischen beiden Ländern, also auch nicht für Spanien. Die spanischen Erzeugnisse haben mit Ausnahme von sechs Waren die Sätze des autonomen deutschen Zolltarifs zu zahlen, insbesondere auch spanischer Wein. Die deutschen Erzeugnisse haben die Sätze des spanischen Minimalzolltarifs zu entrichten. Dafür gewährt Deutschland für Tomaten, Weintrauben, Bananen, roten Verschnittwein und Oelsardinen (das sind jene sechs Ausnahmewaren) Zollerhöhung.

Gegenüber dem Handelsvertrag bedeutet das Provisorium für die Ausfuhr von industriellen Fertigwaren eine Verschärfung. Die Junker haben die Notlage der kleinen Winzer ausgenutzt, um ihren blödlosen Agrarzolltarif festzuhalten. Der Weinzoll war für die kleinen Weinbauern am Rhein und in der Pfalz, war für sie das Mittel, sich ihre Kornzölle zu sichern.

Der deutsch-italienische Handelsvertrag

der dem Reichstag zur Ratifizierung vorlegt, ist auf ähnlicher Grundlage abgeschlossen wie der deutsch-spanische. Nur werden nicht alle italienischen Agrarerzeugnisse begünstigt, sondern auch italienische Industrierzeugnisse.

Für den deutsch-italienischen Handelsvertrag, anders als für Spanien, gilt die gegenseitige Meistbegünstigung ohne Einschränkung. Deutschland hat Zollbindungen und Zollherabsetzungen für 122 Positionen seines Tarifs, Italien für 230 Positionen zugestanden.

Begünstigungen von Italien haben vor allem die Textil-, Maschinen- und die Chemie-Industrie erreicht. Dafür ist außer italienischen Früchten die Ausfuhr der italienischen Kunstseide, deren Industrie mit 15 Millionen Kilogramm in diesem Jahr ein Fünftel der Weltproduktion an Kunstseide erreichen wird, und der italienischen Automobilindustrie begünstigt worden. Namentlich die Begünstigung der Automobilindustrie Italiens wird auf die deutschen Wirtschaftsverhältnisse ungünstig einwirken. Die deutsche Automobilindustrie ist seit dem 1. Oktober, der die Aufhebung des Einfuhrverbots für Automobile gebracht hat, trotz der hohen Zölle in eine schwere Krise geraten, weil die ausländischen Automobile immer noch billiger als die deutschen sind. Werden jetzt die Zölle für Italien noch weiter ermäßigt, so muß sich die Krise verschärfen, zumal da infolge der Meistbegünstigung mit Amerika die Italiener eingeräumten Zollnachlässe automatisch der amerikanischen Automobilindustrie zugute kommen.

Es zeigt sich an diesem Beispiel, daß der von den Sozialdemokraten propagierte Abbau der Zölle keineswegs das Allheilmittel zur Sanierung der Wirtschaft ist, wenn diese Wirtschaft als kapitalistische Wirtschaft ihrer Konkurrenz unterlegen ist. So wenig die deutsche Automobilindustrie die verdoppelten und verdreifachten Schutzzölle vor der Krise bewahrt haben, so sehr schadet ihr umgekehrt die Zollerhöhung. Es bleibt als einziger Ausweg nur das Außenhandelsmonopol.

Amerika, England, Frankreich

Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag, abgeschlossen am 20. Dezember 1923, ist der erste in der Reihe der Verträge zwischen Deutschland und den imperialistischen Mächten. Er ist ein reiner Meistbegünstigungsvertrag ohne Zollbindung. Schon die Ausgestaltung der formell gegenseitigen Meistbegünstigung zeigt das Übergewicht der Vereinigten Staaten. Der Vertrag wurde vom Senat der Vereinigten Staaten erst fast zwei Jahre nach seinem Abschluß ratifiziert, weil das amerikanische Reedereikapital für die amerikanische Schiffahrt Sonderrechte forderte, die eine Durchbrechung der Meistbegünstigung zu ungünstigen Deutschland voraussetzen. Deutschland hat sich mit diesen Ansprüchen der Vereinigten Staaten einverstanden erklären müssen. Der Vertrag ist am 14. Oktober in Kraft getreten.

Aber auch abgesehen von dieser Meistbegünstigung mit Ausnahmen zuungunsten Deutschlands hat dieses im Rahmen des Handelsvertrages Mittel genug seine Vormacht gegenüber Deutschland durchzusetzen. Gerade die Beschränkung des Vertrages auf die Meistbegünstigungsabrede ohne Zollbindung erlaubt den Vereinigten Staaten einsichtig ihre Zölle zu erhöhen. Dazu kommt die überlegene Kapitalmacht Amerikas, die es ausschließlich in seine Hand legt, welche deutschen Industriezweige es im gegenseitigen Warenaustausch begünstigen will. So läuft das jüngst erlassene Verbot der Anleihe des deutschen Kali-Syndikats darauf hinaus, daß das Finanzkapital der Vereinigten Staaten dem deutschen Kali-Syndikat die amerikanischen Preise diktiert. Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag hat mit der tatsächlichen Gestaltung der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen kaum etwas zu tun.

Der deutsch-englische Handelsvertrag

beweist noch deutlicher, daß Meistbegünstigung, diese sozialdemokratische Lösung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, keineswegs die Wirtschaftskonflikte zwischen den kapitalistischen Staaten beseitigt, daß sie keineswegs die Gleichgewichtsverhältnisse ihnen herstellt. Der deutsch-englische Handelsvertrag wurde ohne Schwierigkeiten schon am 2. Dezember 1924 auf Grund der Meistbegünstigungsklausel abgeschlossen, wobei freilich neben der Aufrechterhaltung von Niederlassungsbefreiungen Deutschland gestraft und ausgeblendet wurden.

scher in England und des Kolonias, vor allen die zwischen England und seinen Kolonien zu verhandelnden Verträge unter die Meistbegünstigung eingezogen. Deutschland kann solchen nicht folgen. Und was zeigt sich, da die Meistbegünstigung auch im deutsch-englischen Handelsvertrag keine Zollbindungen einschließt, daß er Deutschland keineswegs vor den einzelfeinen Zollerhöhungen Englands schützt.

Die englische konservative Regierung, hat schon vom Juli ab die Mac-Kenna-Zölle, vor allem auf Seidenwaren, Automobile und Musikinstrumente eingeführt. Jetzt beginnt den Zollschutz ausbaudie das Unterhaus mit der Festsetzung von Zöllen auf gerade solche Industriewaren, die vor allem von Deutschland eingeführt werden. Nach den neuen Gesetzvorlagen soll ein Schutzzoll von Solingen Stahlwaren, Ledertaschen, Lederschuhe, Stoffhandschuhe, Packpapier, Ölbaumwolle und Aluminiumwaren erhoben werden. Der Zoll beträgt überall 33% Prozent des Warenpreises; nur für Packpapier beschränkt er sich auf 17,5 Prozent.

Der Zoll auf Solinger Stahlwaren bedeutet die völlige Vernichtung der Solinger Kleineisenindustrie, die schon den amerikanischen Markt verloren hat, und die im Monatsdurchschnitt des Jahres 1925 noch für 5,3 Millionen Mark Waren nach England ausgeführt hat. Der englische Schutzzoll bedeutet eine schwere Schildigung des sächsischen Handschuh-Werks, der Offenbacher Lederindustrie.

Begründet wird der Übergang zum Schutzzoll von der Baldwin-Regierung mit den um 40 Prozent niedrigeren Löhnen der Solinger Industrie und der für sie geltenden Sechsundfünfzigstundentagswoche. Die gleiche Begründung wird für die Aluminiumzölle angeführt, wo die Dreihundertfünfzigstundentagswoche in Deutschland gilt, und wo weiter das Kilogramm deutsches Aluminium in England mit 4 Mark verkauft wird, während es in Deutschland 6 Mark kostet. Es ist die Dumping-Konkurrenz, geboren aus den Widersprüchen des deutschen Dawes-Kapitalismus, gegen den sich der stagnierende englische Imperialismus mit Schutzzöllen wehrt; die Leidtragenden sind die deutschen und die englischen Arbeiter. Die Schutzzollpolitik der Liberalen Regierung führt zur Vernichtung ganzer deutscher Industriezweige.

Die deutsche Regierung hat gegen die Schutzzollpolitik Englands neu bisher vergleichbare Wirtschaftsverhandlungen mit England eingeleitet. Sie beruft sich dabei auf Artikel 2 des Protokolls zum deutsch-englischen Handelsvertrag, nach dem die vertragsschließenden Staaten von solchen Bestimmungen absieben sollen, die die Lage des Partners wesentlich verändern. England läßt diese Berufung nicht gelten.

Der deutsch-französische Handelsvertrag

endlich ist über das Stadium der Verhandlungen, die schon im Oktober 1924 begonnen haben, nicht herausgekommen. Nicht einmal ein Provisorium hat abgeschlossen werden können. Auch das eben unterzeichnete Protokoll ist nur das Provisorium eines Provisoriums. Es legt ganz allgemein die Grundsätze für einen kommenden Vertragsabschluß fest und gewährt auf Umwegen, insbesondere gegen besondere Zugeständnisse Deutschlands, die bisher von Frankreich verweigerte gegenseitige Meistbegünstigung. Dagegen ist in dem Protokoll über die entscheidenden Fragen eines Handelsvertrags, die Höhe der Zollsätze, nichts gesagt. Hier stehen die wirklichen Schwierigkeiten noch bevor, zumal da der endgültige französische Zolltarif, der bestimmt erhebliche Zoll erhöhungen vorsieht, noch vorliegt.

Hinter diesen Zollschwierigkeiten stecken im Grunde die Schwierigkeiten der deutsch-französischen Eisenverständigung. Man hat sich zwar in Luxemburg im Sommer dahin geeinigt, daß aus Lothringen, Luxemburg und dem Saargebiet 1,75 Millionen Tonnen Roheisen, Halbzug- und Fertigfabrikate nach Deutschland eingeführt werden sollen, wovon rund 742 000 Tonnen Saareisen zollfrei und das übrige zum halben Zollsatz von Deutschland aufgenommen werden soll. Dieser Luxemburger Eisenpakt, vereinbart zwischen den deutschen und französischen Eisenkapitalisten, ist jedoch nicht ausgeführt worden, weil der Handelsvertrag nicht zustande gekommen ist. Die deutschen Eisenkapitalisten haben kein Interesse an der Zollbegünstigung Frankreichs, solange der Eisenpakt nicht mit einer Kontingentierung der Produktion verbunden wird. Diese Kontingentierung aber scheitert immer wieder daran, daß im Kampf um die Quoten des deutsch-französischen Eisenkartells man sich nicht darüber einigen kann, welche Produktionsziffer, ob die von 1913 oder eines der Nachkriegsjahre, der Beteiligung der einzelnen Konzerne zugrunde gelegt werden soll. Der französische Eisenpakt wiederum hat kein Interesse an der Durchführung des Luxemburger Eisenpakts, weil es heute alle Vorteile der Valutakonjunktur genießt.

Nur am Rande des deutsch-französischen Wirtschaftsgebietes ist es zu Handelsverhandlungen gekommen. So ist einmal ein Handelsvertrag mit Belgien unterzeichnet worden, der auf der Grundlage der Meistbegünstigung mit einigen Ausnahmen für bestimmte Waren vereinbart: auf belgischer Seite 34 Positionen, darunter Chemikalien, Farben, Glas, Zeitungspapier, Dampfmaschinen, Werkzeugmaschinen und elektrische Artikel. Auf deutscher Seite sind von der Meistbegünstigung Oelsäure, Kunstseide, Gummirbereitung und Handfeuerwaffen ausgeschlossen.

Sodann ist als Teil des Luxemburger Eisenpakts das Saarabkommen durch Staatsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich im Juli legalisiert worden. Doch haben bis heute die in dem deutschen Roststahlkartell vereinigten deutschen Eisenkapitalisten die Durchführung des Saarabkommens verhindert, weil ihnen nicht die Verteilung des aus dem Saargebiet zollfrei eingeführten Eisens an dessen Abnehmer überlassen war und sie sich nicht die Beherrschung des Eisenmarktes in Deutschland aus der Hand nehmen lassen wollen.

Das erste Jahr der wiedergewonnenen Außenhandelssovereitü, Deutschlands schließt mit einem Mißerfolg der deutschen Handelspolitik ab.

Fast alle Handelsverträge sind kurzfristig, provisorisch — auch formal. Darin spiegelt sich die Unsicherheit der ganzen kapitalistischen Wirtschaftslage drastisch wieder. Sie sind provisorisch, weil jeder der Vertragspartner sich einseitig Zoll erhöhungen vorbehält, sich Ingliß hilft auch nur auf zwei und drei Jahre sich zu binden. Zollkonflikte, Zollkriege spalten die internationalen Konflikte zu.

Der deutsch-russische Handelsvertrag, der einzige, aus dem die deutsche Wirtschaft Vorteile für ihren Wiederaufbau ziehen könnte, wird von Deutschland mehr oder weniger stark sabotiert. Für das deutsche Großkapital ist der Handelsvertrag mit Russland eines der Mittel, sich den russischen Markt kapitalistisch zu erobern, während Deutschland sich gleichzeitig rigoros von der russischen Getreide- und Lebensmittelproduktion abzuwenden versucht. So erwachsen auch hier Schwierigkeiten, statt daß im Interesse der russischen Arbeiter und Bauern sowie der deutschen von der Krise betroffenen Werkstätten die Handelsbeziehungen mit Russland gestoppt und ausgeblendet würden.

Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Elte und Beamte von Breslau.

Auch Sie

leben bei weniger
Gehalt und brennendem Bedarf an
Kleidern, aber es ist kein Kälte.
Sauben, Gardinen neu,
bei den altenbekannten Herren

A. Flasche & Co.

Clausewitzstrasse 13, II.
Geldzeit von 6 - 12 u. 3 - 6 Uhr

Kaufhaus Rudolph Renner

Friedr. A. Wilhelm-Strasse 70
Spezial-Geschäft für Spielwaren
Haus- und Küchen-Geräte
Trikotagen, Weiß- u. Wollwaren

Billige aber gute Lebensmittel

in allen Preislagen
Hausfeider & Co.

Bismarckstrasse 37
Gräbschener Strasse 91
Westendstrasse 53/55
Tauentzienstrasse 198
Leibnizstrasse 77



Kurz-, Weiss- und Wollwaren
Emil Schmelz, Friedr. Wilhelmstr. 23
Große Auswahl in
Damen- und Herrenwäsche | Spezialität: Clubwesten
Engros-Verkauf für Händler, Bismarckstrasse 7

Paul Mürsche

Kolonialwaren
Oelsnerstrasse Nr. 15
Friedrich-Wilhelmstrasse 91

Görner's Schuhhaus

Tauentzienstrasse 178

Martha Bode

Trebnitzer Strasse 4
Schuhwaren- und
Renaturatur-Werkstatt
Reelle Bedienung Solide Preise

F. Kielmann & Co.

Schwenckfeldstrasse 13
Eisenwaren / Werkzeuge
Wirtschafts-Artikel

Georg Broniatowski
Alsenstr. 65, Ecke Bismarckstr.
Manufaktur, Weiß- und Wollwaren

Prima Billstellen

Ecke, Ecke, Nischen
mit Patent-Auflage-Maschinen



Teilzahlung oder Kasse mit Rabatt
Möbelfabrik Hirschmann
Hubenstrasse 23

Neu eröffnet! Tel. O. 9010
Mühling Seite der Zeitung
Städte sind auch für Hause u. Möbel
groß wie klein
Georg Hoffmann, Leibnizstrasse 147
Blaumarkt - Gute Preise

Preiswert!

Damen-Sütte

Linen-Formen
Oskar Garn
nur Ring, Am Rathaus 10, 1. Et.
Neuheiten!

Gerhard Hoffmann

Weinstraße 31
Haus- u. Küchengeräte
Gas und Porzellan

WoFF

Musikinstrumente vor
Zeit und billig
findet die ganze Auswahl in
Schulungen
noch in meine alten Schulplatten
gegen neue ein
finde ich die größte Auswahl in allen
Musikinstrumenten
werden Personale billig ausgeführt?
werde ich reich und tüchtig bedient?

H. Wassermann
Friedrich-Wilhelm-Strasse 35
Strickwesten, Wollwaren
Winterwäsche, Züchen, Inlets
enorm billige Preise
Vorzeiger dieses 5% Rabatt!

Neu eröffnet!

Haus u. Küchengeräte
reelle, preiswerte Ware
Feldstrasse 46

Gut und billig
kaufen Sie im
Schuhmarkt
Alsenstrasse 41

Fahrräder, Ersatz u. Zubehör
in allen Preislagen
Reparaturen sauber und sachgemäß
Robert Bartlich, Gellhornstrasse 28

Nur im Musikhaus A. JESKE, Breslau 6
Friedrich-Wilhelm-Strasse 89 — Telefon Ohle 209

SINGER

*Die Welt der
Nähmaschinen*

Singer Co. Nähmaschinen Art. Es.
Singer-Läden überall

Wilhelm Vogel

Schuhwaren
Friedrich-Wilhelm-Strasse 66
Gebäude 1890

Fahrräder
in allen
Preislagen
20. März 1934
2. März 1934
6. März 1934
11. März 1934

Alexander Wajko, Likörfabrik
Klosterrasse 52/57 Tel. Orla 5934
Siebensternstrasse 19 Tel. Orla 5161

Hedwig Söhn
Friedrich-Wilhelm-Strasse 61
Blumen / Kleider / Röcke
Weiß und Farben

Kaufhaus Gertrud Salz
Neudorfstrasse 76
Vorzeiger dieses 5% Rabatt

Sehr vorteilhaftes Einkaufshaus
für Damen- und Kinder-Bekleidung
Auf Wunsch Maßanfertigung

Mohr & Co.

Schuhhaus
Faststrasse 2, Ecke Ohlauerstr.

Ossyra's Likörstuben

Karsunký & Co.
Rosenhallerstrasse 2 - Ecke Metzgerstrasse

Möbel-Teilzahlung

Fahrräder u. Zubehör
20. März 1934
2. März 1934
6. März 1934
11. März 1934

Zentral-Ballsaal
Westendstrasse 50/52
Jeden Sonntag Tanz
Im Mai ist für Vereine bestens ausgestattet

Joseph Spanier & Sohn
Seit 1890 nur **Ohlauerstrasse 45**
Ecke Promenade

Oskar Heymann
Drogenhaus
Metzgerstrasse 17 und Neumarkt 18
Wirtschafts-Artikel

M. Riedel
Futter und Fleisch Fett-Lard
Filialen in allen Stadtteilen

Gaudachs Festfälle
Frankfurter Strasse 17/19
eigene Lokalitäten zu
Festtagen
Jeden Sonntag Tanz

**Trinkt Nitschke-Korn
Krem u. Liköre**

Fraenkel & Blick
Schmiedebrücke 3/4
20% Auf sämtliche Waren 20%

Teppiche - Gardinen - Möbelstoffe
Joseph Spanier & Sohn
Seit 1890 nur **Ohlauerstrasse 45**
Ecke Promenade

St. Hubertus - Geschäfte
Metzgerstrasse 22
Sagl und Seetespänner
für Tiere und Schädeln
Neue Bewirkung

Thomas & Exner
am Rathaus 25
Damenkleiderstoffe
Kostümstoffe, Mantelstoffe,
Rockstoffe, Herrenstoffe

Schuhwaren, Lederauschnitt
Anton Beier
Altbüßerstr. 23

Max Holzer, Breslau 1

Reuschestrasse 57
Ecke Reichenhöhe

Brauerei und Ausschank
Zum grossen Meerschiff

Inhaber Erich Vogel, Klosterr. 28 (1 Min. vom Königsplatz)
Ausschank nur selbstgebrauter Biere

Anerkannt gute Küche — Mittagsstil von 12-3 Uhr

Herren- und Damenräder
zu günstigen
Zahlungsbedingungen gibt ab
Fahrrad-Handlung
Neumarkt 38 n. Schwenckfeldstr. 7

August Karrasch
Schuhwaren
Trebnitzer Strasse Nr. 21
Reparatur-Werkstatt

**Fahrräder auf
Teilzahlung**
Dring, Fahrradhandlung
Altbüßerstrasse 59 an der Ohlauer Str.

Zigaretten, Zigaretten, Zigaretten
Richard Hübner
Sternstrasse 38

Oskar Baum
Sternstrasse 77, Ecke Hedwigstr.
Wäsche / Schürzen / Kleider

Naumann Nähmaschinen
Alfred Schlesinger
Schmiedebrücke 29a
Teilzahlung gestaffelt

Alle Leser kaufen nur bei unseren Inferenten!